



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 29.08.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 03. September 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Zu Punkt 2 der heutigen Tagesordnung tagt der Ausschuss gemeinsam mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten.

1. Genehmigung der Niederschrift vom 25.06.2013
2. 13-F-03-0024

Warmes Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 21.02.2013 -
HIER: Vorstellung des Vereins und verschiedener Projekte

ANLAGE Beschluss Ausschuss

3. 13-A-21-0001

Finanzielle Situation des Vereins MUSE

HIER: Bericht des Vereins

NEUE ANTRÄGE

4. 13-F-33-0071

Anerkennung von ausländischen Abschlüssen

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 28.08.2013 -

Immer wieder können Firmen offene Stellen nicht besetzen, da es ihnen an geeigneten Fachkräften fehlt. Gleichzeitig kommen viele gut ausgebildete Zuwanderer nach Wiesbaden, deren Abschlüsse nicht anerkannt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) in wie weit die Stadt einzelnen Personen hilft, deren im Ausland erworbene Abschlüsse anerkennen zu lassen,
- b) welche Berufsgruppen bei der Anerkennung von Abschlüssen am häufigsten vertreten sind,
- c) ob es dabei eine Kooperation mit Land und Bund beziehungsweise eine Zusammenarbeit mit freien Trägern gibt.

5. 13-F-03-0093

Folklore Festival auf dem Schlachthofgelände erhalten!

- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 26.08.2013 -

Das „Folklore“ Festival ist ein zentraler Bestandteil der Jugendkultur Wiesbadens. Es blickt auf eine 36-jährige Tradition zurück. Es ist weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und ein wichtiger Imagefaktor für die Stadt.

Die Forderung einzelner Anwohner, die Musik bereits ab 20 Uhr auf Zimmerlautstärke zu reduzieren, gefährdet das Festival insgesamt.

Kein anderes Musik-Event in der Stadt Wiesbaden bietet dieses Maß an großstädtischer Jugendkultur und verbindet gleichzeitig Jung und Alt - denn nicht zu vergessen ist, dass das Festival seine Wurzeln in den 70-ern hatte und auch diese Altersgruppe zu den regelmäßigen Festivalbesuchern zählt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 03. September 2013

sich uneingeschränkt für den Fortbestand des Festivals „Folklore“ auszusprechen und sämtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, damit das Open Air-Festival auf dem Schlachthofgelände weiterbestehen kann.

6. 13-F-05-0010

Städtepartnerschaft mit Montreux
- Antrag der FDP-Fraktion vom 26.08.2013 -

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Verbrüderung (Jumelage) von Wiesbaden und Montreux im Jahr 2013 war anlässlich der Eröffnung der Weinwoche aus der Schweizer Partnerstadt eine Delegation in die hessische Landeshauptstadt angereist, außerdem betrieb die Region von Montreux während der gesamten Weinwoche einen Weinstand. In Gesprächen sowohl mit den Mitgliedern der Delegation als auch den Betreibern des Weinstandes war zu erfahren, dass diese Partnerschaft für wichtig und wertvoll gehalten wird und eine Vertiefung der Beziehung wünschenswert ist. Wie der aktuellen Tagespresse zu entnehmen war, wird Oberbürgermeister Sven Gerich am Wochenende 31. August / 1. September seine erste Dienstreise an den Genfer See antreten.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Bürgerbeteiligung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- welche Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft bekannt sind
- ob sie für „ausbaufähig“ gehalten werden
- ob es Überlegungen für weitere Aktivitäten gibt
- wenn ja, welche?
- Wie wird die Partnerschaft generell eingeschätzt? Entspricht sie noch der Absichtserklärung aus dem Jahr 1983, als beide Städte ihre engen Verbindungen bekräftigten im Bestreben, sie auf Dauer fortzusetzen?

7. 13-F-03-0095

NPD-Kundgebung am 26.08.2013
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 26.08.2013 -

Am 26.08.13 veranstaltete die NPD im Rahmen ihrer Wahlkampftour eine Kundgebung, auch dem Wiesbadener Bahnhofsvorplatz, die wie gewohnt durch Demokraten an Zahl und Lautstärke um weites übertroffen wurde.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- 1) Wie viele Kundgebungen am besagten Datum, in Bahnhofsnähe angemeldet wurden?
- 2) Wer die Anmelder waren und für welche Gruppierung die Anmeldung erfolgte?
- 3) Ob Kundgebungen nicht genehmigt wurden? Wenn ja, welche und weshalb?

ANTRÄGE MIT VORLAUF

8. 11-F-33-0013 **DL 29/13-1**

Jugendschutz forcieren - erfolgreiche Präventionsarbeit ausbauen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 16.06.2011 -

9. 12-F-33-0077

FußgängerInformation über das Wiesbadener Original Waldemar Reichardt, genannt
'Knoblauch-König'
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 24.05.2012 -

Zu diesem Punkt tagt der Magistrat voraussichtlich am 03.09.2013. Unterlagen werden nachgereicht

10. 13-F-33-0041

Jugendkriminalität in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -

Zu diesem Punkt tagt der Magistrat voraussichtlich am 03.09.2013. Unterlagen werden nachgereicht

11. 13-F-33-0056

Kontakte zu US-Amerikanern
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.06.2013 -

ANLAGE Bericht

12. 13-V-12-0001 **DL 30/13-2**

Repräsentative Befragung zu Mediennutzung, Kommunikationsverhalten und kommunalpolitischer Teilhabe der Wiesbadener Bevölkerung 2012

ANLAGE Beschluss StVV

13. 13-V-33-0003 **DL 36/13-1**

Erfahrungsbericht zur Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden

14. Bericht der Dezernentin

15. Verschiedenes

NICHT ÖFFENTLICHE BERATUNG

Zu dem nachfolgenden Punkt sind die Integrationsbeauftragten und der Ausländerbeirat zu einem Gespräch ab 19.00 Uhr eingeladen.

16. 12-F-33-0018

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek
Vorsitzender